

21.10.2016

Spandauer Resolution gegen TTIP und CETA

Am 28. August wurde die nachstehende Erklärung auf dem Gewerkschaftsmarkt des DGB Spandau öffentlich unterzeichnet. Über Parteigrenzen hinweg haben hier gemeinsam mit dem DGB Spandau Vertreter der „Arbeitnehmer“-Organisationen der Partei DIE LINKE, der SPD, des Bündnis90/Die Grünen und der CDU sich zur gemeinsamen Ablehnung dieser beiden geplanten Abkommen zusammengefunden. Die Erklärung soll an die Bundestagsabgeordneten weitergeleitet werden.

Spandau

DGB

gegen TTIP und CETA

Sowohl in Europa als auch in Nordamerika gibt es in vielen gesellschaftlichen Gruppen starke Kritik an den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie zwischen EU und Kanada (CETA), von Gewerkschaften, Verbraucherschutz- und Umweltschutzorganisationen bis hin zu Interessensverbänden von Klein- und mittelständischen Unternehmen.

Wir, Spandauer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, haben die CETA- und TTIP Verhandlungen kritisch verfolgt und wollen uns aktiv in die Diskussion einbringen: Ob wir nun für ein anderes, wirklich faires transatlantisches Abkommen sind, oder ob wir der Ansicht sind, dass wir gar keins brauchen: Einig sind wir uns, dass wir CETA und TTIP in dieser Form ablehnen.

- Private Schiedsgerichte, auch in der abgespeckten Version mit Berufsrichtern, lehnen wir ab; sie würden zu einer Paralleljustiz werden. Gegen demokratisch gefasste Beschlüsse, wie z.B. Verbot von Fracking oder die Verpflichtung zur Zahlung eines Mindestlohns, dürfen Konzerne keine angeblich entgangenen Gewinne einklagen.
- Bevor Gesetzesvorhaben überhaupt in die nationalen Parlamente gelangen, würden sie einem demokratisch nicht legitimierten transatlantischen „Regulierungsrat“ vorgelegt und dort von Lobbyisten begutachtet werden („Regulatorische Kooperation“). Konzerne würden zu Gesetzgebern. Das wäre eine politische Selbstentmachtung der Parlamente. Bürgerbegehren und Volksentscheide würden ad absurdum geführt.
- Wir wollen auch nicht, dass US-amerikanisches Arbeitsrecht auf Europa übergreift. Ohne Koalitionsfreiheit und ohne ein Recht auf kollektiv verhandelte Tarifverträge, dafür aber mit einer ganzen Dienstleistungsbranche zur Bekämpfung von Gewerkschaften („Union Busting“). Aus Sicht der Gewerkschaften wären überall Standards für Arbeitnehmerrechte zu etablieren, die mindestens dem höchsten Niveau entsprechen, das bislang in einem Land erreicht wurde.
- TTIP und CETA würden auch den Einfluss von Konzernen und Banken in Bereichen wie Verbraucherschutz, Umweltschutz oder Finanzmarktregulierung stark erweitern. Bei uns verhindert vorsorgender Verbraucherschutz Schäden. Das Nachsorgeprinzip gemäß US-Recht birgt größere Risiken und bürdet dem geschädigten Verbraucher die Beweislast auf.
- Wir fordern von den Bundestagsabgeordneten, dass sie sich mit dem bereits ausverhandelten Abkommen CETA auseinandersetzen und dies ablehnen, im Interesse der Bürger und nicht der Lobbyisten. Auch CETA enthält wie TTIP Schiedsgerichte und Regulatorische Kooperation. US-Firmen brauchen nur eine Zweigniederlassung in Kanada, zur Not als Briefkastenfirma, um dies alles anwenden zu können.
- Und es ist nicht akzeptabel, wenn die EU-Kommission CETA an den nationalen Parlamenten vorbei beschließen sollte oder das Abkommen schon vor deren Beschlüssen vorläufig anwenden will. Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf, sich öffentlich dafür einzusetzen, dass keines der Abkommen ohne Zustimmung des Bundestages und Bundesrates in Kraft tritt.

Deutscher Gewerkschaftsbund – Spandau und die Arbeitnehmer-Organisationen von



Quelle: http://www.die-linke-spandau.de/partei/basisgruppen/ak_gewerkschaft/spandau_gegen_ttip_und_ceta/